

Christine Dotterweich

Braune Ökos, grüne Populisten: Rechtspopulismus und die grüne Welle

Naturschutz von Rechts

Braune Ökos, grüne Populisten: Rechtspopulismus und die grüne Welle – so lautete der Titel eines Workshops bei der Fachtagung »Angriff von Rechts: Wie wehrt sich die demokratische Zivilgesellschaft«.

Klimaschutz und Klimapolitik sind in aller Munde. Ökologischer Landbau, Schutz heimischer Tier- und Pflanzenarten, nachhaltige Energiepolitik sind Themen, die mehr denn je auf der politischen Agenda liegen. Bewegungen wie Fridays for Future oder Extinction Rebellion bringen die Dringlichkeit des Themas auch gesellschaftspolitisch zum Ausdruck.

Dass Argumente wie Arterhaltung, Schutz von Natur und Heimat zunehmend Teil rechtspopulistischer oder rechtsextremer Argumentationen sind und ökologische Begründungen für rassistische Diskurse missbraucht werden, ist dabei nicht immer auf den ersten Blick erkennbar. Im Workshop diskutierten Toralf Staud, Journalist, und Dirk Hennig, Vorstandsvorsitzender vom Förderverein ökologischer Freiwilligendienste, dieses Phänomen. Während Toralf Staud noch einmal eindrücklich schilderte, wie das Phänomen geschichtlich zu sehen ist, berichtete Dirk Hennig von unmittelbaren Erfahrungen aus der Praxis.

Toralf Staud: Umweltschutz ist Heimatschutz – ein Blick in die Geschichte.

Umweltschutz ist Heimatschutz – Hinter diesem Slogan rechtsextremer Parteien wie NPD oder »Der III. Weg« steckt eine Blut- und Boden-Ideologie, der zufolge ein Volk geprägt ist durch den Boden und die Landschaft, auf dem und in der es lebt. Dieser Boden muss natürlich geschützt und bewahrt, der Lebensraum erhalten werden. Schon im Nationalsozialismus funktionierte diese »Gleichung« auch umgekehrt: Eine »gesunde« Landschaft, wie Heinrich Himmler sie mit dem von ihm in Auftrag gegebenen »Generalplan Ost« für die eroberten Gebiete erarbeiten ließ, beinhaltete auch die grauenhafte Umsiedlungs- und Vernichtungspolitik, damit die »gesäuberten Gebiete« anschließend von der arischen Rasse besiedelt werden konnten. So wundert es nicht, dass Rechtsextreme unter Heimatschutz auch eine Absage an die vermeintliche Überfremdung durch Migrant:innen verstehen. Wenn heute in manchen Teilen Deutschlands verstärkt »Völkische Siedler« auftreten, ist Vorsicht geboten. Denn genau über diese ideologischen Überschneidungen versuchen sie, eine rechtsextreme Alltagskultur zu etablieren. Auch wenn sie auf den ersten Blick harmlos wirken mögen: Sie verkörpern eine »Blut- und Boden-Ideologie«.

Die Wurzeln des Naturschutzes in Deutschland waren vor allem konservativ, nationalistisch und völkisch. Als Ende des 19. Jahrhunderts auch im Deutschen Reich Industrialisierung und Verstädterung voranschritten und sich damit die traditionellen Kulturlandschaften rasant veränderten, störte das vor allem Bildungsbürger: kulturpessimistische und modernisierungskritische Professoren, Gymnasiallehrer, Verwaltungsbeamte oder Künstler. Den wuchernden Städten, in denen angeblich Dekadenz und Sittenverfall herrschten, hielten sie ein romantisches Ideal vom deutschen Wald oder dem Bauern auf eigener Scholle entgegen. Es entstand eine »Heimatschutzbewegung«. Diese wollte die Natur weniger wegen ihres Eigenwertes bewahren, sondern vor allem wegen ihrer angeblichen Bedeutung für die deutsche Kultur.

Zwar sei das Denken dieser frühen Heimatschützer bereits kompatibel mit dem Rassismus der völkischen Bewegung gewesen, zitierte Staud den Jenaer Kulturwissenschaftler Friedemann Schmoll; doch eine engere Verknüpfung beider habe es erst nach der deutschen Niederlage im Ersten Weltkrieg und der danach immer stärker um sich greifenden nationalen Aufbruchstimmung gegeben. Nun ging es beim Schutz der Heimat nicht mehr nur um die deutsche Kultur, sondern gleich um die deutsche, germanische, arische »Rasse«. Die Bücher des völkischen Schriftstellers Hermann Löns erreichten zwischen den beiden Weltkriegen Millionenaufgaben. »Naturschutz ist Rasseschutz«, hieß es bei ihm. Der »letzte und wichtigste Zweck des gesamten Heimatschutzes« sei der »Kampf für die Gesunderhaltung des gesamten Volkes, ein Kampf für die Kraft der Nation, für das Gedeihen der Rasse«.

Nun verschmolzen auch Heimatschutz und Antisemitismus. Reklametafeln in der Landschaft galten nicht mehr nur als Zeichen eines kulturlosen, kapitalistischen Materialismus, sondern als hässlicher Ausdruck einer »jüdisch-liberalistischen Wirtschaftsauffassung«, eines »undeutschen, das Händlerische allem anderen voranstellenden Geistes«. Mehr noch: »Dem Juden« wurde grundsätzlich die Fähigkeit abgesprochen, überhaupt ein »inneres Verhältnis« zur Natur entwickeln zu können – weil er ein »ewiger Nomade« sei und daher »keine Heimat« habe. Demgegenüber sei eine »innige Naturverbundenheit« ein »Kennzeichen des germanischen Gemütslebens« und ein »Merkmal unserer Rasse«, wie es etwa Walther Schoenichen formulierte, der langjährige Leiter der obersten Naturschutzstelle in Preußen.

Dass Grün-Sein nicht automatisch mit links-alternativen Haltungen einhergeht, macht auch ein Blick in die Frühgeschichte der Partei »Bündnis 90/Die Grünen« klar. Mit Baldur Springmann und Arthur Vogel gehörten zwei ehemalige NSDAP-Mitglieder zu den Gründungsmitgliedern der Partei. Die Ausführungen von Toralf Staud zeigten deutlich, dass Umweltschutz leicht durch Rechtsextremisten instrumentalisiert werden kann. Grenzen sind bisweilen nicht deutlich erkennbar, und wer sich Umweltschützer rühmt, ist nicht zwangsläufig der linken Szene zuzuordnen. Im Workshop war nach diesem Rückblick sichtlich Betroffenheit unter den Teilnehmenden erkennbar. Dirk Hennig schloss an mit Erfahrungen aus der Praxis:

Dirk Hennig: Naturschutz gegen Rechtsextremismus am Beispiel des Freiwillig Ökologischen Jahres (FÖJ)

Das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ) ist 1986 entstanden, in einer Zeit, in der Bilder des Waldsterbens, der Reaktorunfall von Tschernobyl und Drohgebärden des kalten Krieges durch die Medien gingen. Es war damals jedem klar: Ein »weiter so« kann es nicht geben. Das FÖJ wurde mit der Idee gegründet, junge Menschen für die Aufgabe als mündige:r und aktive:r Bürger:in fit zu machen. Einsatzstellen wurden als Lernorte nonformaler und informeller Bildung geschaffen, begleitet von Seminarangeboten zu gesellschaftspolitischen und ökologischen Themen. Pädagog:innen begeben sich gemeinsam mit den Freiwilligen auf die Suche nach Ursachen und Lösungen der gesellschaftlichen Probleme, fördern die Kreativität für neue Lebensentwürfe und üben in festen Seminargruppen demokratische Gestaltungs- und Entscheidungsprozesse ein.

Die politische Bildung ist das zentrale Element der Bildungsarbeit im FÖJ, ohne die eine Bildung für nachhaltige Entwicklung undenkbar wäre. Im FÖJ zeigt sich dies nach außen durch das Sprecher:innensystem, welches inzwischen auch als Vorbild für andere Freiwilligendienste dient, die ebenfalls diese Form des Mitgestaltens einführen wollen.

Das Ö im FÖJ steht nicht allein für die Ökologie als ein Teilgebiet der Biologie, sondern von seiner etymologischen Bedeutung her auch für das allumfassende Ganze, in und von dem wir alle leben und wir selber Teil sind. Zunehmend mehr wollen sich die Freiwilligen auch mit politischen Themen im engeren Sinne auseinandersetzen, wie zum Beispiel den Bedrohungen unserer Demokratie.

Das FÖJ wird dabei selbst immer wieder mit Rechtsextremismus konfrontiert: Ein ökologisch geführter Bauernhof, der gerne als FÖJ-Einsatzstelle anerkannt werden wollte, ließ während des vom Träger routinemäßig durchgeführten Vorstellungsgesprächs eindeutig eine rechtsextremistische Gesinnung verlautbaren. Das gute Qualitätsmanagement des Trägers hat eine Anerkennung als Einsatzstelle verhindert. Deutlich wurde: Dem Schutz der Natur kommt unter der Haltung der »Blut- und Boden«-Ideologie der Nationalsozialist:innen eine zentrale Bedeutung zu. Für das FÖJ und die Einsatzstellen heißt das, dass ein wie eben beschriebenes gutes Qualitätsmanagement unerlässlich ist. Mehr noch: Gemeinsam mit der Landeszentrale für Umweltaufklärung in Rheinland-Pfalz und FÖJ-Teilnehmenden wurde im Rahmen der politischen Bildung im FÖJ ein Seminar konzipiert, das sich mit der Frage von Naturschutz und Rechtsextremismus intensiv auseinandersetzt. Das Interesse der Freiwilligen an diesem Thema war bei einem ersten Durchlauf sehr viel größer als gedacht. Seitdem wurde das Seminarkonzept mit wissenschaftlicher Unterstützung durch den Historiker PD Dr. Nils Franke weiterentwickelt. Einmal im Jahr wird nun am Schauplatz des Westwalls diese Fortbildung angeboten.

Über den Förderverein Ökologischer Freiwilligendienste (FÖF e. V.) soll das Konzept auch in andere Bundesländer übertragen werden. Die zurzeit 51 FÖJ-Träger in Deutschland haben sich

eindeutig gegen alle Formen von Extremismus ausgesprochen. Unsere Demokratie ist bedroht, und das FÖJ sieht sich mehr denn je darin bestärkt, seiner Bildungstradition treu zu bleiben und sich als ein Angebot politischer Bildung zu definieren. Anliegen des FÖJs muss es sein, insbesondere junge Menschen zur Mitgestaltung einer nachhaltigen Entwicklung unserer Gesellschaft zu befähigen und ihnen durch ein FÖJ konkrete Engagementmöglichkeiten anzubieten. Dabei müssen Bildung für nachhaltige Entwicklung und Demokratielernen miteinander verknüpft werden.

»Es geht nicht darum, Menschen zu verurteilen, sondern Haltungen kritisch zu betrachten«: Praxisteil des Workshops

Um den Teilnehmenden die Möglichkeit zu geben, selbst Handlungsmöglichkeiten zu erarbeiten, wurde im Workshop mittels Breakoutsessions an einem Praxisbeispiel gearbeitet. Das Praxisbeispiel ist dabei ein reales Beispiel aus einem Seminar des FÖJs und wurde von Dirk Hennig bereitgestellt.

Fall-Beispiel:

Ein Freiwilligendienst-Träger eines ostdeutschen Bundeslandes führt im November 2019 eine Konferenz aller seiner Freiwilligendienst-Einsatzstellen durch. Teilnehmende sind ausschließlich Einsatzstellenleiter und Personen, die an den Einsatzstellen zur pädagogischen Begleitung der Freiwilligen eingesetzt werden. Ein geladener Fach-Referent berichtet über »völkische Siedler« und rechtsextremistische Bewegungen in der ökologischen Landwirtschaft in Deutschland. Unter den Teilnehmenden erkennt er zwei Personen, die er dieser Szene zuordnen kann. Vor der Gruppe sagt er, dass er »auch in diesem Raum zwei Personen aus dieser Szene« erkannt hätte, ohne aber die Personen direkt anzusprechen. Nach dem Vortrag in der Kaffeepause bitten Konferenzteilnehmende den Referenten, die Personen zu benennen und aus der Veranstaltung zu verweisen. Die Stimmung ist angespannt und wird zunehmend emotional.

Der Veranstalter selbst hatte in seiner schriftlichen Einladung zur Konferenz folgende Klausel abgedruckt:

»Die Veranstalter behalten sich vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, den Zutritt zur Veranstaltung zu verwehren.«

In kleiner Runde kann der Referent dem Veranstalter die Nähe der Personen zu Menschen, die auch vom Verfassungsschutz als »rechtsextrem« eingestuft sind, belegen und zeigt deren Auftritte im Internet sowie deren Kontakte in Social-Media-Plattformen.

Wie würden Sie sich als Veranstalter verhalten?

Ergebnisse

Die Diskussionen zeigten, dass ein einfacher Umgang nicht möglich ist. Die Ausschlussklausel kann v. a. der Seminar-/Veranstaltungsleitung helfen, Sicherheit im Umgang mit Teilnehmenden, die sich rechtsextrem oder rechtspopulistisch äußern, herzustellen.

Dennoch schließen sich Fragen an, z. B.:

- Werden Teilnehmende bloßgestellt und kann das gewollt sein?
- Ändert sich aufgrund des Vorfalls das Thema der Veranstaltung?
- Wie ist mit Betroffenheit der anwesenden Teilnehmenden umzugehen?

Im vorliegenden Fall wurde Dirk Hennig zur Veranstaltung dazugerufen. Ein Bloßstellen der betroffenen Teilnehmenden wurde verhindert. Allerdings durften die betroffenen Teilnehmenden am folgenden Tag nicht mehr an der Veranstaltung teilnehmen. Da die Teilnehmenden eh wechselten und mehr als zwei Personen am nächsten Tag nicht dabei waren, konnte nicht ausgemacht werden, wer die entsprechenden Personen waren. Außerdem wurden Gespräche mit der Einsatzstelle der auffällig gewordenen FÖJler:innen geführt. Die Einsatzstelle hatte allerdings wenig Einsehen und sich nicht von den Äußerungen der FÖJler:innen distanziert. Die Einsatzstelle als solche wurde einem erneuten Prüfverfahren unterzogen und wird künftig keine FÖJler:innen mehr aufnehmen dürfen.

Die auffällig gewordenen FÖJler:innen haben sich ausdrücklich bei Dirk Hennig dafür bedankt, dass er mit ihnen auf Augenhöhe gesprochen hat. Denn – so die Erkenntnis von Dirk Hennig: Es geht nicht darum, Menschen zu verurteilen, sondern eben Haltungen von Menschen kritisch zu betrachten.

Zum Ende des Workshops lässt sich sagen, dass die Betroffenheit der Teilnehmenden auch nach den Schilderungen aus der Praxis geblieben ist. Die Sensibilisierung für das Thema wurde als ausgesprochen wichtig erachtet. Einigkeit herrschte darin, dass nichts zu tun der falsche Weg wäre. Einig war man sich außerdem darin, dass die Gefahr besteht, dass sich unter dem Stichwort »Klimaschutz« auch in naher Zukunft zunehmend Rechtsextremismus finden wird.

Die Referenten des Workshops:

Toralf Staud ist freier Journalist und Buchautor. Seine Themenschwerpunkte sind Rassismus, Neofaschismus sowie menschengemachte globale Erwärmung. Er erhielt für seine Arbeit verschiedenen Auszeichnungen, z. B. 2012 den Otto-Brenner-Preis in der Kategorie Medienprojektpreis für die Online-Plattform »Der Klima-Lügendetektor«. 2021 erschien das von ihm und Nick Reimer veröffentlichte Buch »Deutschland 2050 – wie der Klimawandel unser Leben verändern wird.«

Dirk Hennig ist Förster und Diplompädagoge und setzt sich beruflich und ehrenamtlich für eine nachhaltige Entwicklung ein. Als Leiter der Zentralstelle Freiwillig Ökologisches Jahr (FÖJ), als ehrenamtlicher Vorsitzender des FÖJ-Dachverbandes (FÖF e. V.) und als politischer Sprecher

der 52 Träger im freiwillig ökologischen Jahr in Deutschland erhielt er im November 2018 den Verdienstorden des Landes Rheinland-Pfalz, insbesondere für sein Engagement in der ökologischen und politischen Bildung.

Literaturtipps zum Weiterlesen:

- Online-Dossier der Bundeszentrale für politische Bildung zum Thema:
<https://www.bpb.de/211915>
- Rechtsextremismus & Ökologie – Eine kritische Analyse und eine Argumentationshilfe
https://mueef.rlp.de/fileadmin/mulewf/Publikationen/Die_Natur_des_rechtsextremistischen_Lebensstils.pdf
https://www.politische-bildung.rlp.de/fileadmin/files/AF_Extremismus/broschuere_downloadversion2_1_.pdf

(bei Interesse an Papierexemplaren bitte Mail an: dirk.hennig@wald-rlp.de)

- Broschüre der Amadeu-Antonio-Stiftung speziell zu Völkischen Siedlern
https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2018/08/voelkische_siedler_web-1.pdf
- Für Leute, die tiefer einsteigen wollen, eine Sammlung teils sehr guter Aufsätze:
<https://www.bfn.de/fileadmin/BfN/service/Dokumente/skripten/skript394.pdf>
- Vielfältige Informationen bei der Fachstelle FARN (Projekt der Naturfreunde-Jugend):
<https://www.nf-farn.de/>

Nur noch antiquarisch zu bekommen, aber das Buch ist für mich *der Klassiker*:

- Geden, Oliver: Rechte Ökologie. Umweltschutz zwischen Emanzipation und Faschismus. Berlin (2. Auflage) 1999

Autorin

Christine Dotterweich ist Bereichsleiterin für Öffentlichkeitsarbeit und politische Bildung der Evangelischen Akademien in Deutschland.

Kontakt: Dotterweich@evangelische-akademien.de

Redaktion

BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Michaelkirchstr. 17/18

10179 Berlin

Tel: +49 30 62980-115

newsletter@b-b-e.de

www.b-b-e.de